Die Zukunft des Sozial- und Steuerstaates

Julius Finkbe

Fritz Söllner · Arno Wilfert (Hrsg.)

Die Zukunft des Sozial- und Steuerstaates

Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Fricke

Mit 35 Abbildungen und 38 Tabellen

Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

Professor Dr. Fritz Söllner
Technische Universität Ilmenau
Fachgebiet Finanzwissenschaft
98684 Ilmenau
Deutschland

Dr. Arno Wilfert
C-Quential GmbH
Martin-Luther-Platz 26
40212 Düsseldorf
Deutschland

ISBN 978-3-642-63308-9

ISBN 978-3-642-57606-5 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-642-57606-5

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die Zukunft des Sozial- und Steuerstaates: Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Fricke / Hrsg.: Fritz Söllner; Arno Wilfert. – Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2001

Originally published by Physica-Verlag Heidelberg 2001

Softcover reprint of the hardcover 2nd edition 2001

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürfen.

Umschlaggestaltung: Erich Kirchner, Heidelberg

SPIN 10796158

88/2202-5 4 3 2 1 0 – Gedruckt auf säurefreiem Papier

Dieter Fricke zum 65. Geburtstag

Dieter Fricke wurde am 2. April 1936 in Dortmund geboren. Sein Studium der Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft absolvierte er in Heidelberg, Freiburg und Köln. Von 1962 bis 1973 forschte und lehrte er an der Universität zu Köln, wo er als wissenschaftlicher Assistent am Finanzwissenschaftlichen Seminar von *Günter Schmolders* arbeitete. 1966 promovierte er dort zum Dr. rer. pol. Das Thema seiner Dissertation lautete „Das Sparverhalten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland“. Im Rahmen eines Habilitationsstipendiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft habilitierte er sich 1976 an der Universität zu Köln mit dem Thema „Verteilungswirkungen der Inflation“; sein Habilitationsvortrag hatte „Steuerstruktureffekte in einer wachsenden Wirtschaft“ zum Gegenstand.

*Dieter Fricke*s wissenschaftlicher Ansatz wurde stark von seinem Lehrer *Günter Schmolders* geprägt, der als Mitbegründer der institutionell orientierten Kölner Schule der Finanzwissenschaft neben der reinen Finanztheorie immer auch nichtökonomische – vor allem politische, historische, gesellschaftliche und psychologische – Faktoren berücksichtigte. Auch *Dieter Fricke* hat immer eine multidisziplinäre Finanzwissenschaft betrieben, was nicht nur in seiner Habilitationsschrift, sondern auch in seinen späteren Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt.

Nach Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Trier und Siegen nahm er 1980 einen Ruf auf den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an die Universität Bayreuth an, deren Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät sich zu jener Zeit noch im Aufbau befand. Hier engagierte sich *Dieter Fricke* beim Auf- und Ausbau der Fakultät und trug maßgeblich zum guten Ruf dieser noch jungen Universität bei. Nach dem Fall der Mauer leistete er erneut Pionierarbeit und übernahm ohne langes Zögern zusätzlich zu seinen Verpflichtungen in Bayreuth eine Gastprofessur an der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau. Er setzte sich generell mit großem Enthusiasmus für den Aufbau der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten an den Universitäten in den neuen Bundesländern ein.

Dieter Fricke ist Mitglied im Verein für Socialpolitik, im Leitungsgremium des Bayreuther Instituts für Afrika-Studien, der Forschungsstelle für Raumanalysen, Regionalpolitik und Verwaltungspraxis an der Universität

Bayreuth sowie im Bayreuther Graduiertenkolleg „Interkulturelle Beziehungen in Afrika“. Seit 1994 ist er Sprecher des Bayerischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultätentages und seit 1997 Vorstandsmitglied des Bayerischen Forschungsverbundes Forarea. Von 1992 bis 1994 war er Dekan und von 1994 bis 1996 Prodekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth.

Seit 1984 engagiert sich *Dieter Fricke* in der Afrikaforschung. So war er von 1984 bis 1997 Mitglied und Projektleiter im Sonderforschungsbereich 214 der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Identität in Afrika – Prozesse ihrer Entstehung und Veränderung“. Die Schwerpunkte seiner Forschungsarbeiten lagen zunächst im Bereich des einheimischen afrikanischen Unternehmertums. Ab 1995 – im Rahmen seiner Arbeit für den Bayerischen Forschungsverbund Forarea – spielte der Zusammenhang zwischen infrastrukturellen Defiziten und mangelnder wirtschaftlicher Entwicklung eine zunehmend wichtigere Rolle. *Dieter Fricke* führte mit seinem interdisziplinären Team mehrere Primärerhebungen und Fallstudien in Nigeria, Tanzania und später in Südafrika durch.

Dieter Fricke hat stets ein offenes Ohr und Verständnis für die Belange der Studenten, gleich ob diese im Zusammenhang mit dem Studium stehen oder eher persönlicher Art sind. Auch in den heutigen Zeiten der Massenuniversität ist er immer bemüht, ein gutes Verhältnis zu seinen Studenten aufzubauen und zu erhalten. Er bewahrt bei aller Arbeit seinen Sinn für Humor, der in seiner rheinländischen Herkunft begründet zu sein scheint: Vorlesungen am Rosenmontag führt er zur Freude seiner Studenten regelmäßig im Karnevalskostüm durch.

Dieter Fricke ist ein Mensch, der immer nach vorne blickt, bereit ist anzupacken, wenn es darum geht Aufbauarbeit zu leisten oder komplexe Forschungsvorhaben in schwierigem Umfeld durchzuführen. Er bemüht sich immer um eine unvoreingenommene Betrachtung und wehrt sich vehement gegen einseitige Urteile und voreilige Schlußfolgerungen. Er versteht es außerdem überaus gut, aktuelle Problemstellungen mit historischen Fakten zu verknüpfen und vor einem interdisziplinären Hintergrund zu analysieren; nicht zuletzt deshalb ist er ein anregender und kenntnisreicher Diskussionspartner.

Die offene und positive Grundeinstellung *Dieter Fricke*s verspürten auch seine Kollegen, Studenten und Doktoranden sowie die Mitarbeiter seines Lehrstuhls. Es überrascht deshalb nicht, daß unser Vorhaben, eine Festschrift zu Ehren von *Dieter Fricke* herauszugeben, auf große Resonanz stieß und sich eine ganze Reihe renommierter Autoren gerne zur Mitarbeit bereit fand.

Die vorliegenden 19 Beiträge betreffen die Finanzwissenschaft, die Sozialpolitik und die Geldpolitik. Sie decken damit die Lehrgebiete *Dieter Fricke*s sehr schön ab – was für seine Forschungsarbeiten insofern nicht gilt, als daß wir leider eine seiner Hauptinteressen – die Afrikaforschung – im Rahmen unserer Festschrift aus konzeptionellen Gründen nicht berücksichtigen konnten. Hierfür möchten wir den Jubilar an dieser Stelle um Verständnis bitten.

Im folgenden soll ein kurzer Überblick über den Inhalt der Festschrift gegeben werden, die in die drei Abschnitte „Neue Herausforderungen für die Finanzpolitik“, „Der Sozialstaat in der Krise“ und „Der Euro und die europäische Geldpolitik“ aufgeteilt ist.

Den finanzwissenschaftlichen Teil eröffnet *Guy Kirsch* mit seinem Kapitel „Der Dritte Sektor – eine Chance für den Staat?“, in dem er die Rolle des Dritten Sektors, d.h. der nichtstaatlichen und nichtmarktlichen Öffentlichkeit diskutiert. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Einrichtungen des Dritten Sektors vor allem auf lokaler und supranationaler Ebene als Chance begriffen und dementsprechend an Bedeutung gewinnen werden – was letztlich zu Lasten des Nationalstaats gehen wird.

Eines der Hauptprobleme, mit denen sich der Nationalstaat konfrontiert sieht, ist das seiner Finanzierung. So wird behauptet, daß der Globalisierungsdruck bzw. der internationale Standortwettbewerb eine Senkung von Steuer- und Abgabenquote und eine Verschiebung weg von direkten, hin zu indirekten Steuern erzwingen würde. Da Deutschland sich diesem Wettbewerb bisher nicht gestellt hätte, seien nun schnelle und radikale Reformschritte in bezug auf Steuerhöhe und -struktur notwendig. Diese und andere Thesen überprüfen *Dieter Ewringmann* und *Klaus Mackscheidt* in Kapitel 2 („Die Entwicklung der Steuerstrukturen in internationalen Vergleich“). Ihre empirische Analyse zeigt, daß die behauptete Entwicklung mitnichten stattgefunden hat: Bei den wichtigsten Industriestaaten lassen sich weder signifikante Rückgänge der Steuer- bzw. Abgabenquote noch ein Anwachsen der Bedeutung indirekter Steuern feststellen; deshalb fällt Deutschland, was Steuerhöhe und -struktur angeht, im internationalen Vergleich keineswegs aus dem Rahmen.

Auch *Jochen Sigloch* befaßt sich mit der Besteuerung in Deutschland – allerdings aus steuersystematischer Sicht. Im dritten Kapitel („Die Unternehmensbesteuerung – Reformstand und Reformbedarf“) analysiert er die Unternehmensbesteuerung nach Abschluß der jüngsten Reformrunde. Er sieht hier weiterhin erheblichen Handlungsbedarf und fordert, neben einer Neufassung der Unternehmensabgrenzung und dem Abbau diskriminieren-

der Sondersteuern, die Revision des von der Wissenschaft heftig kritisierten Systemwechsels zum Halbeinkünfteverfahren.

Nicht mit der Einnahmen-, sondern mit der Ausgabenseite öffentlicher Haushalte beschäftigen sich *Dietrich Dickertmann* und *Annemarie Leien-decker* in Kapitel 4 („Der Beihilfenbericht der Europäischen Union: Darstellung und Bewertung“). Sie widmen sich dem Beihilfenbericht der Europäischen Union – ein Gegenstand, der bislang von Seiten der Wissenschaft nur wenig Aufmerksamkeit erfahren hat, diese aber durchaus verdient: Denn die Berichterstattung der Europäischen Kommission über die Vergabe (nationaler und gemeinschaftlicher) Subventionen an Unternehmen (welche im europäischen Sprachgebrauch Beihilfen genannt werden) weist schwerwiegende Mängel formaler und inhaltlicher Art auf. Um Abhilfe zu schaffen und eine sinnvolle Interpretation des Beihilfenberichts zu ermöglichen, machen die Autoren eine Reihe beachtenswerter Verbesserungsvorschläge.

Was die (nationalen) Subventionen in Deutschland angeht, so war und ist die Eisenbahn einer der wichtigsten Empfänger derselben. An diesem Beispiel demonstrieren *Helmut Gröner* und *Andreas Knorr* in Kapitel 5 („Öffentliche Unternehmen in der Marktwirtschaft: Das Beispiel Eisenbahn“) die ordnungstheoretische Problematik öffentlicher Unternehmen, die als teuerstes und ineffizientestes Mittel zur Verwirklichung gemeinwirtschaftlicher Ziele gelten können. So weist die Bahn in Deutschland auch nach ihrer (nur formalen) Privatisierung eine sehr geringe Wettbewerbsfähigkeit auf – wofür die in wichtigen Punkten inkonsequente Bahnstrukturreform von 1994 zu einem Großteil verantwortlich sei.

Wie die Misere der Deutschen Bahn ist auch die Reform der Finanzverfassung ein finanz- bzw. wirtschaftspolitischer „Dauerbrenner“. Die geringe Effizienz des gegenwärtigen Systems kritisiert *Horst Zimmermann* in Kapitel 6 („Ein Hebesatzrecht für Länder und Gemeinden?“), wobei er sich auf die Theorie des Fiskalföderalismus und die Theorie des Wettbewerbsföderalismus stützt. Vor allem auf der Einnahmenseite scheint eine stärker wettbewerbliche Ausrichtung der Finanzverfassung dringend vonnöten. Zu diesem Zweck empfiehlt der Autor als ersten, am ehesten politisch realisierbaren Schritt die Ergänzung des bestehenden Verbundsteuersystems durch Hebesatzrechte für Länder und Gemeinden.

Ebenfalls der Finanzverfassung ist Kapitel 7 („Ein Weg aus der Krise des deutschen Länderfinanzausgleichs“) von *Fritz Söllner* gewidmet: Mit dem Länderfinanzausgleich steht der wohl am heftigsten umstrittene Bestandteil der Finanzverfassung zur Diskussion. Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Länderfinanzausgleich entwickelt der Verfasser einen Reformvorschlag, der sowohl den Vorgaben des Bundesverfas-

sungsgerichts als auch den finanzwissenschaftlichen Anforderungen an ein Finanzausgleichssystem Rechnung trägt.

Mit Kapitel 8 („Der Einfluß des Sozialstaatsprinzips auf die Entwicklung des deutschen Länderfinanzausgleichs“) beschließt *Peter Thuy* den finanzwissenschaftlichen Teil und schlägt gleichzeitig eine Brücke zu den sozialpolitischen Fragestellungen des folgenden Abschnitts. Der Autor sieht die Ursache für die Probleme des gegenwärtigen Systems des Länderfinanzausgleichs in der immer extensiveren Auslegung des Sozialstaatsprinzips: So wie dies in der Sozialpolitik zu einer Erfassung immer weiterer Bevölkerungskreise und einer Ausdehnung des Leistungsumfangs geführt habe, so habe dies auch einen Wandel im Charakter des Länderfinanzausgleichs bewirkt – an die Stelle der Hilfe in Notsituationen und der Herstellung von Chancengleichheit sei eine immer weitergehende Nivellierung der Finanzkraft getreten, die mit einer starken Ausweitung des Ausgleichsvolumens einhergegangen sei.

Dem Sozialstaatsprinzip widmen sich auch *Peter Oberender* und *Stephan Ruckdäschel* in Kapitel 9 („Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung“), das am Anfang des sozialpolitischen Abschnitts steht. Sozialpolitische Eingriffe des Staates könnten zwar – nicht zuletzt wegen ihrer systemstabilisierenden Wirkung – auch in marktwirtschaftlichen Ordnungen gerechtfertigt werden, doch bestünde immer die Gefahr der Zerstörung solcher Ordnungen durch zu weitgehende Eingriffe des Sozialstaates. Dem könne nur begegnet werden durch eine ordnungskonforme, d.h. die individuelle Handlungs- und Entscheidungsfreiheit so weit als möglich erhaltende Sozialpolitik.

Die folgenden vier Beiträge befassen sich mit den großen Problemfeldern der gegenwärtigen Sozialpolitik: der Gesundheits-, der Renten- und der Beschäftigungspolitik. Zunächst diskutiert *Frank Daumann* in Kapitel 10 („Zur Notwendigkeit der Harmonisierung der staatlichen Krankenversicherungssysteme in Europa“) die Frage, ob die staatlichen Krankenversicherungssysteme innerhalb der EU harmonisiert werden sollten. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß eine Harmonisierung nur dann notwendig wäre, wenn es für alle EU-Bürger die Möglichkeit eines unbeschränkten Wechsels zwischen den verschiedenen nationalen Krankenversicherungssystemen gäbe, da diese dadurch in ihrer Existenz gefährdet werden würden. Solange dies nicht der Fall sei, könne und solle der Systemwettbewerb beibehalten werden – vor allem, weil dieser eine stärkere Orientierung an den individuellen Präferenzen bewirke als ein europaweit einheitliches Krankenversicherungssystem.

In Kapitel 11 („Die Rentenreform in Deutschland – eine kritische Würdigung“) legt *Bert Rürup* die Gründe für die Notwendigkeit einer umfassenden Rentenreform dar und setzt sich mit dem Rentenreformkonzept der

Bundesregierung auseinander, welches im wesentlichen in der Ergänzung des Umlangeverfahrens durch eine zusätzliche Privatvorsorge nach dem Kapitaldeckungsverfahren besteht. Dieses Konzept wird vom Autor überwiegend positiv beurteilt, wenngleich er die Freiwilligkeit der Zusatzsicherung bemängelt.

Die Frage, ob die deutsche Beschäftigungspolitik von ausländischen Erfahrungen profitieren kann, stellt sich *Klaus Schuberth* in Kapitel 12 („Wege zu mehr Beschäftigung in Deutschland – ausländische Erfahrungen als Vorbild?“). Vorbildcharakter hätten vor allem die USA, Großbritannien, Irland, Dänemark und die Niederlande, deren Arbeitslosenquoten z.T. deutlich unter der deutschen lägen. All diesen Ländern gemein seien lohnpolitische Zurückhaltung, flexible Arbeitsmärkte und – zumindest zeitweise – eine nachfragestützende Haushaltspolitik. Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit würden sich also nicht durch Einzelmaßnahmen, sondern nur durch ein abgestimmtes Vorgehen in allen relevanten Politikbereichen erzielen lassen – eine Strategie, die es auch in Deutschland umzusetzen gelte.

Umstritten ist in diesem Zusammenhang vor allem, welche Rolle der Staat bei der Lohnfindung spielen sollte. Gegenwärtig erhofft sich die Öffentlichkeit einiges vom Einwirken des Staates auf die Tarifvertragsparteien im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“. *Thomas Pfahler* gibt in Kapitel 13 („Die staatliche Zwangsschlichtung als Ausweg aus Tarifkonflikten?“) zu bedenken, daß staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie zu unerwünschten Ergebnissen – wie abnehmende Einigungsbereitschaft der Tarifvertragsparteien und zunehmende Politisierung der Tarifverhandlungen – führen können, was er am Beispiel der staatlichen Zwangsschlichtung in der Weimarer Republik erläutert.

In dem den sozialpolitischen Teil abschließenden Kapitel 14 („Karitative Organisationen und die Krise des Sozialstaats“) greifen *Klaus Tiepelmann* und *Gregor van der Beek* die im ersten Kapitel grundsätzlich diskutierte Thematik des „Dritten Sektors“ wieder auf. Sie fragen, ob und inwieweit eine der wichtigsten zum Dritten Sektor gehörenden Gruppen von Institutionen – die karitativen Organisationen – dazu beitragen kann, die gegenwärtige Krise des Sozialstaats zu lösen. Mit Hilfe der Theorie der Parafiski zeigen die Verfasser, daß bestimmte Kollektivgüter, die Gruppenkollektivgüter, nicht vom Staat, sondern von Parafiski (also insbesondere karitativen Organisationen) bereitgestellt werden sollten, da nur so institutionelle Kongruenz bzw. fiskalische Äquivalenz gewährleistet werden könne – deren Fehlen für einen Großteil der heute zu beobachtenden sozialpolitischen Probleme verantwortlich sei.

Der geldpolitische Teil unserer Festschrift steht ganz im Zeichen des Euro bzw. der europäischen Geldpolitik. Er wird eröffnet mit Kapitel 15 („Politische Glaubwürdigkeit und der Euro: Eine verfassungsökonomische Perspektive“) von *Klaus W. Zimmermann* und *Tobias Just*, die der Frage nachgehen, warum eine so wichtige Entscheidung, wie sie die Einführung des Euro war, dezidiert gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung getroffen wurde. Sie stellen fest, daß nur eine Minderheit vom Euro (ökonomisch) profitiert, und erläutern anhand eines verfassungsökonomischen Modells, warum sich die Gewinner-Minderheit nicht auf ein Euroreferendum eingelassen hat: entweder, weil sie die Verlierer-Mehrheit nicht entschädigen wollte, oder, weil sie dies nicht konnte (d.h. weil der Gesamtnutzen der Euroeinführung unter deren Gesamtkosten liegt). In jedem Fall sei die „undemokratische“ Euroeinführung in Deutschland der Akzeptanz nicht nur der neuen Währung, sondern auch des politischen Systems nicht gerade förderlich gewesen.

Wesentlich für die künftige Akzeptanz des Euro wird dessen (Binnen-) Stabilität sein. *Egon Görgens* warnt in Kapitel 16 („Mögliche Konflikte zwischen Geld- und Finanzpolitik in der Europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion“) vor der Gefährdung der Preisniveaustabilität durch übermäßige Haushaltsdefizite. Der Autor sieht im Stabilitäts- und Wachstumspakt, der der Staatsverschuldung der Euroländer Grenzen setzen soll, zwar eine wichtige Maßnahme zur Vorbeugung gegen solche Konflikte zwischen Geld- und Finanzpolitik. Er bezweifelt aber, ob dieser Pakt auf Dauer und auch unter ungünstigen makroökonomischen Bedingungen die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen kann.

Eingehender mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt befassen sich *Heinz-Dieter Smeets* und *Bernard Vogl* in Kapitel 17 („Der Stabilitäts- und Wachstumspakt – eine kritische Würdigung“). Sie halten die Disziplinierung der nationalen Haushaltspolitiken in der Europäischen Währungsunion für grundsätzlich notwendig, kritisieren aber das im Stabilitäts- und Wachstumspakt geregelte Verfahren als zu langwierig und zu sehr politisiert. Nicht stichhaltig sei dagegen der Einwand, der Pakt würde zu einer übermäßigen Einengung des finanzpolitischen Spielraums führen; vielmehr würde – bei erfolgreicher Konsolidierung der nationalen Haushalte – der (sinnvolle) Einsatz automatischer Fiskalstabilisatoren kaum eingeschränkt werden.

Wenn man einmal davon ausgeht, daß die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik nicht nur de jure, sondern auch de facto autonom, d.h. nicht unter dem Druck der Haushaltspolitik betreiben kann, stellt sich die Frage, welche geldpolitische Strategie gewählt werden sollte. Aufgrund ihres Erfolgs in Sachen Preisniveaustabilität ziehen *Bernhard Herz* und *Claus Grei-*

ber in Kapitel 18 („Taylor-Regeln: Erfahrungen der Deutschen Bundesbank, Implikationen für die Europäische Zentralbank“) die Deutsche Bundesbank als Vorbild für die Europäische Zentralbank heran. Sie analysieren die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank mit Hilfe von Taylor-Regeln und leiten aus deren Erfahrungen Empfehlungen für die Europäische Zentralbank ab: Sie sollte ihre Geldpolitik vor allem an den Abweichungen der tatsächlichen von der angestrebten Inflationsrate ausrichten und dabei auch den durchaus bestehenden Spielraum zur Konjunkturstabilisierung nutzen.

Mit einer beruhigenden Botschaft beschließt *Arno Wilfert* in Kapitel 19 („Elektronisches Geld – enttäuschte Erwartungen und übertriebene Befürchtungen“) den geldpolitischen Teil dieses Bandes: Welche Gefahren dem Euro auch immer drohen mögen – die durch elektronisches Geld gehört nicht dazu. Bis vor kurzem wurden die Risiken des elektronischen Geldes für die Geldpolitik – insbesondere der Verlust der Kontrolle über die Geldmenge – intensiv diskutiert. Doch diese Befürchtungen hätten sich als übertrieben erwiesen. Aufgrund der bislang sehr geringen Verbreitung des elektronischen Geldes und der Ausdehnung der Autorität von Zentralbanken und Bankenaufsichten auf die Emittenten dieser Geldform, müsse sich die Europäische Zentralbank zumindest in dieser Hinsicht auf absehbare Zeit keine Sorgen machen.

Allen Autoren danken wir ganz herzlich für ihre Mitarbeit und für ihre Geduld mit unseren Änderungswünschen und Ergänzungsvorschlägen. Eine wertvolle Hilfe war uns *Sylvia Mette* vom Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Technischen Universität Ilmenau, die das Layout des Gesamtmanuskripts in gewohnt professioneller Weise gestaltet hat. Bedanken möchten wir uns außerdem bei *Dr. Martina Bihn* und *Dr. Werner A. Müller* vom Springer- bzw. Physica-Verlag für die (wie immer) angenehme Zusammenarbeit. Schließlich darf die finanzielle Unterstützung dieses Projekts durch den Universitätsverein Bayreuth eV und den Verein zur Förderung der Forschungsstelle für Bankrecht und Bankpolitik der Universität Bayreuth eV keinesfalls unerwähnt bleiben.

Zu guter Letzt möchten wir Ihnen, lieber *Dieter Fricke*, auch im Namen aller Autoren, recht herzlich zum 65. Geburtstag gratulieren und Ihnen viel Freude bei der Lektüre Ihrer Festschrift sowie alles Gute für Ihren weiteren Lebensweg wünschen.

Inhaltsverzeichnis

DIETER FRICKE ZUM 65. GEBURTSTAG ----- V

INHALTSVERZEICHNIS -----XIII

Neue Herausforderungen für die Finanzpolitik

1. DER DRITTE SEKTOR – EINE CHANCE FÜR DEN STAAT?-----1

Guy Kirsch

1.1. DIE AMBIVALENZ DER BEWERTUNG DES DRITTEN SEKTORS----- 1

1.2. DER DRITTE SEKTOR ALS NICHTSTAATLICHE UND NICHTMERKANTILE
ÖFFENTLICHKEIT-----2

1.3. ZUM VERHÄLTNIS VON MARKT, STAAT UND DRITTEM SEKTOR-----5

1.4. DER UNGEORDNETE RÜCKZUG DES STAATES-----7

1.5. DIE ENTSTAATLICHUNG DER GESELLSCHAFT
– UND WARUM SIE (FAST) NICHT ZUSTANDEKOMMT ----- 10

1.6. INSTITUTIONEN: ORTE UND ERGEBNISSE VON VERTEILUNGSKONFLIKTEN ----- 11

1.7. AUSZAHLUNGSMATRIZEN----- 13

1.7.1. *Die Bürger* ----- 13

1.7.2. *Die Politiker* ----- 15

1.7.3. *Die Verwaltung*----- 17

1.8. KEINE CHANCE – ODER VIELLEICHT DOCH? ----- 19

2. DIE ENTWICKLUNG DER STEUERSTRUKTUREN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH----- 21

Dieter Ewringmann und Klaus Mackscheidt

2.1. EINIGE VORBEMERKUNGEN ZUR STEUERDISKUSSION ----- 21

2.2. DIE ENTWICKLUNG DER STEUERQUOTEN ----- 24

2.3. DIE ENTWICKLUNG DER STEUERSTRUKTUREN ----- 28

2.4. VERSCHIEBUNGEN IM BEREICH DER INDIREKTEN STEUERN
– DIE ROLLE DER ÖKOSTEUERN ----- 35

2.5. FAZIT ----- 41

2.6. LITERATUR ----- 43

3. DIE UNTERNEHMENSBESTEUERUNG – REFORMSTAND UND REFORMBEDARF	46
<i>Jochen Sigloch</i>	
3.1. EINFÜHRUNG	46
3.2. BAUELEMENTE EINER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG	46
3.2.1. Unternehmensabgrenzung und -rechtsform	47
3.2.2. Technisches Unternehmenssteuersystem	47
3.2.3. Einkommen- versus Körperschaftsteuersystem	48
3.2.4. Erfolgsmaßgrößen und Ermittlungsmodelle	49
3.2.5. Tarifgestaltung	51
3.2.6. Verlustberücksichtigung	51
3.2.7. Veräußerungsgewinnbesteuerung	52
3.3. ANALYSE DER BISHERIGEN REFORM DER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG	53
3.3.1. Unternehmensabgrenzung und -rechtsform	53
3.3.2. Technisches Unternehmenssteuersystem	54
3.3.3. Einkommen- versus Körperschaftsteuersystem	55
3.3.4. Erfolgsmaßgrößen und Ermittlungsmodelle	57
3.3.5. Tarifgestaltung	58
3.3.6. Sonderregelungen zur Verlustberücksichtigung und Veräußerungsgewinnbesteuerung	61
3.3.6.1. Sonderbehandlung von Verlusten	61
3.3.6.2. Sonderbehandlung von Veräußerungsgewinnen	61
3.3.7. Ergebnis	62
3.4. ANSATZPUNKTE FÜR EINE SYSTEMATISCHE REFORM DER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG	63
3.4.1. Unternehmensabgrenzung und -rechtsform	63
3.4.2. Technisches Unternehmenssteuersystem	65
3.4.3. Einkommen- versus Körperschaftsteuersystem	65
3.4.4. Erfolgsmaßgrößen und Ermittlungsmodelle	66
3.4.5. Tarifgestaltung	68
3.4.6. Sonderregelungen zur Verlustberücksichtigung und Veräußerungsgewinnbesteuerung	69
3.4.6.1. Sonderbehandlung von Verlusten	69
3.4.6.2. Sonderbehandlung von Veräußerungsgewinnen	70
3.4.7. Ergebnis	71
3.5. ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN	72
3.6. LITERATUR	72

4. DER BEIHILFENBERICHT DER EUROPÄISCHEN UNION: DARSTELLUNG UND BEWERTUNG	75
<i>Dietrich Dickertmann und Annemarie Leiendecker</i>	
4.1. EINFÜHRUNG	75
4.2. VERTRAGLICHE REGELUNGEN ZUR BEIHILFENPOLITIK	76
4.3. CHRONOLOGIE DER BEIHILFENBERICHTERSTATTUNG	80
4.3.1. <i>Beihilfen im Bericht über die Wettbewerbspolitik</i>	81
4.3.2. <i>Vorlage eines eigenständigen Beihilfenberichts</i>	83
4.4. ANLAGE UND AUFBAU DES ACHTEN BEIHILFENBERICHTS	86
4.4.1. <i>Funktionen des Beihilfenberichts</i>	87
4.4.2. <i>Zweckbestimmungen der Beihilfen</i>	88
4.4.3. <i>Nationale Beihilfen – Ergebnisse</i>	92
4.4.4. <i>Aussagen über die Gemeinschaftshilfen – im Anhang</i>	95
4.5. METHODIK DER BERICHTERSTATTUNG	99
4.5.1. <i>Erfassungsbereich</i>	99
4.5.2. <i>Datenquellen</i>	100
4.5.3. <i>Aufbereitung und Verarbeitung der Daten</i>	102
4.6. BEWERTUNG DES ACHTEN BEIHILFENBERICHTS	108
4.6.1. <i>Beurteilungskriterien</i>	108
4.6.1.1. <i>Informationsfunktion</i>	109
4.6.1.2. <i>Transparenz und Glaubwürdigkeit</i>	110
4.6.2. <i>Formale Beurteilung</i>	112
4.6.2.1. <i>Inhaltsverzeichnis</i>	112
4.6.2.2. <i>Teile I bis VIII</i>	113
4.6.2.3. <i>Zitierweise</i>	115
4.6.2.4. <i>Genauigkeit</i>	116
4.6.3. <i>Inhaltliche Beurteilung</i>	118
4.7. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	122
4.8. LITERATUR	126
5. ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN IN DER MARKTWIRTSCHAFT: DAS BEISPIEL EISENBAHN	131
<i>Helmut Gröner und Andreas Knorr</i>	
5.1. EINLEITUNG	131
5.2. ORDNUNGSTHEORETISCHE GRUNDLAGEN	131
5.2.1. <i>Grundprinzipien marktwirtschaftlicher Ordnungen</i>	131
5.2.2. <i>Die Staatsaufgaben in der Marktwirtschaft</i>	132
5.2.3. <i>Zur Problematik öffentlicher Unternehmen als Mittel der Wirtschaftspolitik</i>	135
5.3. EINE KURZE HISTORIE DER EISENBAHNPOLITIK IN DEUTSCHLAND	137

5.3.1.	<i>Von den Anfängen bis zur Gründung der Reichsbahn</i>	137
5.3.2.	<i>Die Zwischenkriegszeit</i>	140
5.3.3.	<i>1945 bis zur Bahnstrukturreform 1994</i>	142
5.3.4.	<i>Von der Bahnstrukturreform 1994 bis heute</i>	149
5.4.	KRITISCHE WÜRDIGUNG	152
5.4.1.	<i>Allgemeine Schwächen des deutschen Staatsbahnmodells bis zur Bahnstrukturreform</i>	152
5.4.2.	<i>Warum scheiterte die Eisenbahnschutzpolitik?</i>	153
5.4.3.	<i>Ordnungspolitische Mängel der Bahnstrukturreform</i>	154
5.4.4.	<i>„Unfaire“ Wettbewerbsvorteile anderer Verkehrsträger?</i>	155
5.5.	SCHLUSSBETRACHTUNG UND AUSBLICK	157
5.6.	LITERATUR	158
6.	EIN HEBESATZRECHT FÜR LÄNDER UND GEMEINDEN?	162
	<i>Horst Zimmermann</i>	
6.1.	DIE PROBLEMLAGE	162
6.2.	BEWERTUNGSMASSTÄBE: VOM FISKALFÖDERALISMUS ZUM WETTBEWERBSFÖDERALISMUS	164
6.2.1.	<i>Eine statische Betrachtung: Fiskalföderalismus</i>	164
6.2.2.	<i>Die dynamische Ergänzung: Wettbewerbsföderalismus</i>	166
6.3.	HANDLUNGSERFORDERNISSE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: MEHR STEUERSATZAUTONOMIE	168
6.3.1.	<i>Der Hintergrund: Starke Betonung der regionalen Einheitlichkeit</i>	168
6.3.2.	<i>Stärkung der dezentralen Steuerautonomie</i>	169
6.4.	DIE WAHL DES EINNAHMESYSTEMS	171
6.5.	FRAGEN DER UMSETZUNG	174
6.6.	LITERATUR	177
7.	EIN WEG AUS DER KRISE DES DEUTSCHEN LÄNDERFINANZAUSGLEICHS	181
	<i>Fritz Söllner</i>	
7.1.	DER STREIT UM DEN LÄNDERFINANZAUSGLEICH	181
7.2.	DAS AKTUELLE FINANZAUSGLEICHSSYSTEM	182
7.2.1.	<i>Überblick</i>	182
7.2.2.	<i>Der Länderfinanzausgleich</i>	182
7.2.2.1.	<i>Der Umsatzsteuervorwegausgleich</i>	183
7.2.2.2.	<i>Der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne</i>	184
7.2.2.3.	<i>Die Bundesergänzungszuweisungen</i>	185
7.3.	DIE PROBLEME DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS	186
7.3.1.	<i>Der Umsatzsteuervorwegausgleich</i>	186

7.3.2.	<i>Der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne</i> -----	187
7.3.3.	<i>Die Bundesergänzungszuweisungen</i> -----	189
7.3.4.	<i>Die Gesamtwirkung</i> -----	191
7.4.	DAS URTEIL DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS VOM 11. NOVEMBER 1999 -----	196
7.5.	KONSEQUENZEN FÜR DEN LÄNDERFINANZAUSGLEICH: EIN REFORMVORSCHLAG -----	198
7.6.	LITERATUR -----	206
8.	DER EINFLUSS DES SOZIALSTAATSPRINZIPS AUF DIE ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN LÄNDERFINANZAUSGLEICHS ----	208
	<i>Peter Thuy</i>	
8.1.	PROBLEMSTELLUNG -----	208
8.2.	FÖDERALISMUS UND WETTBEWERB -----	209
8.2.1.	<i>Grundzüge der Wettbewerbsgesellschaft</i> -----	209
8.2.2.	<i>Föderalismus und Wettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland</i> ---	210
8.3.	DAS SOZIALSTAATSPRINZIP -----	212
8.3.1.	<i>Grundzüge</i> -----	212
8.3.2.	<i>Interpretationsmöglichkeiten</i> -----	212
8.3.3.	<i>Sozialstaat und Wettbewerb</i> -----	215
8.4.	LÄNDERFINANZAUSGLEICH UND SOZIALSTAATSPRINZIP-----	216
8.4.1.	<i>Historische Entwicklung</i> -----	216
8.4.1.1.	<i>Ausgangssituation</i> -----	216
8.4.1.2.	<i>Finanzreform 1955</i> -----	218
8.4.1.3.	<i>Finanzreform 1969</i> -----	219
8.4.2.	<i>Entwicklung der Zahlungsströme</i> -----	220
8.4.3.	<i>Wirkungen des Finanzausgleichs</i> -----	220
8.5.	DAS SOZIALSTAATSPRINZIP ALS URSACHE FÜR DIE KRISE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS ?-----	222
8.6.	LITERATUR -----	224

Der Sozialstaat in der Krise

9.	SOZIALSTAATSPRINZIP UND WIRTSCHAFTSORDNUNG -----	228
	<i>Peter Oberender und Stephan Ruckdäschel</i>	
9.1.	EINLEITUNG -----	228
9.2.	STAATSZIELE IM GRUNDGESETZ: RECHTS- UND SOZIALSTAATSPRINZIP-----	228
9.2.1.	<i>Der Rechtsstaat im Grundgesetz</i> -----	228
9.2.2.	<i>Der Sozialstaat im Grundgesetz</i> -----	229
9.2.3.	<i>Die Gesamtentscheidung für den Sozialen Rechtsstaat</i> -----	229

9.3.	DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS MÖGLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG ---	230
9.3.1.	<i>Grundgesetz und Wirtschaftsordnung</i> -----	230
9.3.2.	<i>Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft</i> -----	230
9.3.2.1.	Freiheit und Eigenverantwortung -----	230
9.3.2.2.	Menschenbild -----	232
9.3.3.	<i>Die Soziale Marktwirtschaft</i> -----	233
9.4.	DIE ROLLE DES STAATES -----	234
9.4.1.	<i>Ökonomische Funktion</i> -----	234
9.4.2.	<i>Soziale Funktion</i> -----	235
9.4.3.	<i>Nutzen und Kosten sozialstaatlicher Tätigkeit</i> -----	236
9.4.3.1.	Nutzen -----	236
9.4.3.2.	Kosten -----	236
9.4.3.3.	Zwischenergebnis -----	237
9.4.3.4.	Formen sozialstaatlicher Tätigkeit -----	238
9.5.	HANDLUNGSRICHTLINIEN FÜR DEN SOZIALSTAAT -----	240
9.5.1.	<i>Vorrang der Eigenverantwortlichkeit</i> -----	240
9.5.2.	<i>Ordnungskonformität</i> -----	241
9.5.3.	<i>Zielkonformität</i> -----	241
9.5.4.	<i>Konstanz der Sozialpolitik</i> -----	242
9.6.	SCHLUSSBEMERKUNG -----	242
9.7.	LITERATUR -----	243
10.	ZUR NOTWENDIGKEIT EINER HARMONISIERUNG DER STAATLICHEN KRANKENVERSICHERUNGSSYSTEME IN EUROPA ---	246
	<i>Frank Daumann</i>	
10.1.	PROBLEMSTELLUNG UND VORGEHENSWEISE -----	246
10.2.	STAATLICHE KRANKENVERSICHERUNG IN EUROPA -----	247
10.3.	TRADITIONELLE ANSÄTZE ZUR BEURTEILUNG DER NOTWENDIGKEIT EINER HARMONISIERUNG -----	251
10.3.1.	<i>Harmonisierung im integrationstheoretischen Kontext</i> -----	251
10.3.2.	<i>Harmonisierung im Kontext des Bereitstellungskostenansatzes</i> -----	253
10.3.3.	<i>Harmonisierung im Kontext des „Institutional-competition“-Ansatzes</i> -----	258
10.3.4.	<i>Ergebnis</i> -----	262
10.4.	STAATLICHE KRANKENVERSICHERUNGSSYSTEME BEI FREIEM GÜTER- UND FAKTORVERKEHR -----	263
10.4.1.	<i>Kriterien einer Beurteilung der Notwendigkeit einer Harmonisierung</i> -----	263
10.4.1.1.	<i>Operationalisierung des Kriteriums Legitimation</i> -----	263
10.4.1.2.	<i>Operationalisierung des Kriteriums Finanzierbarkeit</i> -----	264

10.4.2. Zur Legitimation staatlicher Krankenversicherungssysteme -----	265
10.4.3. Zur Finanzierbarkeit sozialer Krankenversicherungssysteme -----	265
10.4.3.1. Szenario I: Unbeschränkte Wechselmöglichkeit und regional unbeschränkte Leistungsanspruchnahme -----	266
10.4.3.2. Szenario II: Unbeschränkte Wechselmöglichkeit und regional beschränkte Leistungsanspruchnahme -----	267
10.4.3.3. Szenarien III und IV: Beschränkte Wechselmöglichkeit -----	268
10.4.3.4. Ergebnis -----	268
10.5. ANSÄTZE ZUR AUFLÖSUNG DER FUNKTIONELLEN UNDIFFERENZIERTHEIT DES SYSTEMWETTBEWERBS -----	269
10.5.1. Heimathafenprinzip -----	270
10.5.2. Wahlfreiheit bei Beginn der Beschäftigung -----	270
10.5.3. Wahlfreiheit mit frei vereinbarten Kompensationszahlungen -----	271
10.6. FAZIT -----	273
10.7. LITERATUR -----	273
11. DIE RENTENREFORM IN DEUTSCHLAND – EINE KRITISCHE WÜRDIGUNG -----	278
<i>Bert Rürup</i>	
11.1. GRÜNDE FÜR DIE NOTWENDIGKEIT EINES UMB AUS DER RENTEN- VERSICHERUNG -----	278
11.1.1. Globalisierung -----	279
11.1.2. Informatisierung -----	280
11.1.3. Alterung -----	282
11.2. ANFORDERUNGEN AN DEN UMB AU DER RENTENVERSICHERUNG -----	282
11.2.1. Unstetigkeit der Erwerbsverläufe -----	283
11.2.2. Alterung -----	284
11.2.2.1. Verlängerung der Lebensarbeitszeit -----	284
11.2.2.2. Verschiebung der Finanzierungsrelationen -----	286
11.3. DAS REFORMKONZEPT DER BUNDESREGIERUNG -----	287
11.3.1. Beschreibung des Reformkonzepts -----	287
11.3.2. Die private Altersvorsorge – freiwillig oder verpflichtend? -----	292
11.3.3. Die Kritik der Interessenverbände -----	293
11.3.3.1. Bankenverband -----	293
11.3.3.2. Gewerkschaften -----	294
11.4. FAZIT -----	296
11.5. LITERATUR -----	296

12. WEGE ZU MEHR BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND – AUSLÄNDISCHE ERFAHRUNGEN ALS VORBILD?-----	297
<i>Klaus Schubert</i>	
12.1. DIE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND -----	297
12.2. URSACHEN DER ARBEITSLOSIGKEIT -----	300
12.3. BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCH ERFOLGREICHE LÄNDER -----	305
12.3.1. Die Vereinigten Staaten -----	306
12.3.2. Die Niederlande -----	309
12.3.3. Großbritannien -----	310
12.3.4. Dänemark -----	312
12.3.5. Irland -----	313
12.4. SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DEN ERFAHRUNGEN ANDERER LÄNDER-----	315
12.5. MEHR BESCHÄFTIGUNG UND WENIGER ARBEITSLOSIGKEIT – WAS IST ZU TUN? -----	316
12.6. LITERATUR -----	319
13. DIE STAATLICHE ZWANGSSCHLICHTUNG ALS AUSWEG AUS TARIFKONFLIKTEN? -----	321
<i>Thomas Pfahler</i>	
13.1. EINFÜHRUNG UND PROBLEMSTELLUNG -----	321
13.2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN -----	322
13.2.1. Theorie der Tarifverhandlungen -----	322
13.2.1.1. Traditionelle Ansätze -----	322
13.2.1.2. Spieltheoretische Ansätze -----	327
13.2.1.3. Zusammenfassung -----	328
13.2.2. Theorie der Schlichtung -----	329
13.3. PRAKTISCHE ERFAHRUNGEN MIT DER ZWANGSSCHLICHTUNG -----	333
13.3.1. Erklärungsrelevante Daten -----	333
13.3.2. Anfänge des Schlichtungswesens in Deutschland -----	335
13.3.3. Regelungen des Schlichtungswesens -----	335
13.3.4. Wirkungen des Schlichtungswesens -----	337
13.4. FAZIT -----	348
13.5. LITERATUR -----	350
14. KARITATIVE ORGANISATIONEN UND DIE KRISE DES SOZIALSTAATS -----	353
<i>Klaus Tiepeltmann und Gregor van der Beek</i>	
14.1. EINFÜHRUNG -----	353
14.2. KARITATIVE SELBST- UND FREMDHILFEGRUPPEN IN DEUTSCHLAND -----	354

14.3. KARITATIVE GRUPPEN IN DER „NONPROFIT“-THEORIE -----	356
14.4. PARAFISKALISCHE INSTITUTIONEN UND DIE KÖLNER SCHULE DER FINANZWISSENSCHAFT -----	360
14.5. DIE KRISE DES SOZIALSTAATS IM LICHT DES FINANZTHEORETISCHEN ZUGANGS ZU PARAFISKI -----	361
14.6. SOZIALPOLITIK IN DEN NICHT FINANZÖKONOMISCHEN ZUGÄNGEN ZU PARAFISKI -----	367
14.7. FAZIT -----	370
14.8. LITERATUR -----	370

Der Euro und die europäische Geldpolitik

15. POLITISCHE GLAUBWÜRDIGKEIT UND DER EURO: EINE VERFASSUNGSÖKONOMISCHE PERSPEKTIVE -----	373
<i>Klaus W. Zimmermann und Tobias Just</i>	
15.1. EINLEITUNG -----	373
15.2. DER POLITÖKONOMISCHE HINTERGRUND DES EURO -----	375
15.2.1. <i>Kosten und Nutzen einer Währungsunion</i> -----	375
15.2.2. <i>Befürworter der Währungsunion in Deutschland</i> -----	378
15.3. DAS VERFASSUNGSÖKONOMISCHE KALKÜL -----	379
15.3.1. <i>Die verfassungsrechtliche Möglichkeit eines Referendums</i> -----	380
15.3.2. <i>Das Informationsproblem bei Referenda</i> -----	382
15.3.3. <i>Der Euro im Buchanan-Tullock-Modell</i> -----	383
15.4. REFERENDUMSKALKÜLE: NUTZEN UND KOSTEN DES EURO -----	389
15.5. SCHLUSSBEMERKUNGEN -----	393
15.6. LITERATUR -----	395
16. MÖGLICHE KONFLIKTE ZWISCHEN GELD- UND FINANZPOLITIK IN DER EUROPÄISCHEN WÄHRUNGS- UND WIRTSCHAFTSUNION ----	398
<i>Egon Görgens</i>	
16.1. EINLEITUNG -----	398
16.2. INFLATIONSGEFAHR DURCH STAATSVerschuldung -----	398
16.3. KONFLIKTPOTENTIALE UNTERSCHIEDLICHER VERSCHULDUNGSSTRUKTUREN -----	405
16.4. UNKOORDINIERTER GELD- UND FINANZPOLITIKEN -----	410
16.4.1. <i>Der Stabilitäts- und Wachstumspakt</i> -----	412
16.4.2. <i>Das finanzpolitische Doppelkriterium</i> -----	414
16.5. ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN -----	416
16.6. LITERATUR -----	419

17. DER STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT – EINE KRITISCHE WÜRDIGUNG	421
<i>Heinz-Dieter Smeets und Bernard Vogl</i>	
17.1. EINLEITUNG	421
17.2. VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE FISKALPOLITIK IN DER EWU	422
17.3. DIE FINANZPOLITISCHEN VORGABEN DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTS	428
17.4. EINSCHRÄNKUNG DER BUDGETFLEXIBILITÄT DURCH DEN STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT?	434
17.5. KRITISCHE WÜRDIGUNG	449
17.6. LITERATUR	450
18. TAYLOR-REGELN: ERFAHRUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK, IMPLIKATIONEN FÜR DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK	453
<i>Bernhard Herz und Claus Greiber</i>	
18.1. PROBLEMSTELLUNG	453
18.2. DIE TAYLOR-REGEL	454
18.3. SCHÄTZUNGEN DER TAYLOR-REGEL	459
18.3.1. Das Modell	459
18.3.2. Ergebnisse	461
18.3.3. Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse	466
18.4. SCHLUSSFOLGERUNGEN	467
18.5. LITERATUR	468
19. ELEKTRONISCHES GELD – ENTTÄUSCHTE ERWARTUNGEN UND ÜBERTRIEBENE BEFÜRCHTUNGEN	470
<i>Arno Wilfert</i>	
19.1. EINLEITUNG	470
19.2. FORMEN ELEKTRONISCHEN GELDES	471
19.2.1. Elektronische Geldbörsen	472
19.2.2. Netzgeld	478
19.3. DIE VERBREITUNG ELEKTRONISCHEN GELDES	481
19.4. GELDPOLITISCHE RISIKEN VON ELEKTRONISCHEM GELD	484
19.5. AUSBLICK: DIE BARGELDLOSE GESELLSCHAFT IN WEITER FERNE?	486
19.6. LITERATUR	487
AUTOREN- UND HERAUSGEBERVERZEICHNIS	489